

Niederschrift

SA/022/2018

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Schulausschusses
der Stadt Rheine
am 12.09.2018

Die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied / Vorsitzender
------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Herr Christian Beckmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Eva-Maria Brauer	SPD	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzende
Frau Janine Heile-Limberg	FDP	Sachkundige Bürgerin
Frau Verena Kaisal	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Fabian Lenz	CDU	ab 17:08 Uhr (TOP 3)
Herr Udo Mollen	SPD	bis 18:20 Uhr (TOP 6)
Frau Claudia Reinke	CDU	Ratsmitglied
Herr Heribert Röder	DIE LINKE	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzende
Frau Helena Willers	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Wilp	CDU	Ratsmitglied
Frau Christel Zimmermann	SPD	Ratsmitglied
Herr Jan-Philip Zimmermann	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Heike Barnes	SPD	bis 18:54 Uhr (TOP 12)
Frau Lydia Maul		bis 18:35 Uhr (TOP 11)
Frau Dorit Tönjes		bis 17:44 Uhr (TOP5)

Vertreter:

Frau Birgit Marji	UWG	Vertretung für Herrn Rainer Ortel
-------------------	-----	-----------------------------------

Gäste:

Herr Oliver Meer		Sprecher der Schulleiterkonferenz
------------------	--	-----------------------------------

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Herr Stefan Jüttner - von der Gathen		Stabstelle VV II
Frau Birgit Kösters		Leiterin Volkshoch- und Musikschule
Herr Rüdiger Wamelink		Verwaltungsleiter Volkshoch- und Musikschule
Herr Frank Wolf		Controller Bereich Schule, VHS und Stadtbibliothek
Frau Cornelia Bauer		Mitarbeiterin Neubau städt. Hochbauten
Frau Lena Hüntemann		Mitarbeiterin Schulverwaltung
Herr Christof Overkamp		Systemadministrator Schulen
Herr Ron Erdmann		Schriftführer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
-------------------	-----	--------------

beratende Sachkundige Einwohner:

Frau Doris Hasenkamp-Jakob		Ausschussmitglied Vertreter der kath. Kirche
Herr Mike Meyhoff		Ausschussmitglied Vertreter der ev. Kirche

Der Vorsitzende Herr Gude eröffnet die heutige Sitzung des Schulausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung des öffentlichen Teils vereidigt er den Sachkundigen Bürger Hr. Zimmermann als neues Mitglied des Schulausschusses.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 21 über die öffentliche Sitzung am 13.06.2018

Zu Form und Inhalt der Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 13.06.2018 gefassten Beschlüsse

Herr Gausmann berichtet, dass sämtliche Beschlüsse ausgeführt wurden. Die Vorlage zur Anpassung der Gebührenordnung für die Musikschule stände mit den eingearbeiteten Ergebnissen der ersten Lesung nun wieder auf der Tagesordnung.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Ausschreibung der Betreuungsangebote an sieben Rheiner Grundschulen

Herr Gausmann informiert darüber, dass die Bodelschwingschule, Gertrudenschule, Johanneschule Eschendorf, Johannesschule Mesum/Elte, Marienschule, Paul-Gerhardt-Schule und die Südeschule erneut für 4 Jahre ausgeschrieben worden seien, Vertragsbeginn 01.08.2019. Die maximalen jährlichen Kosten beliefen sich dabei im ersten Jahr auf 1,4 Mio. Euro.

Da wieder eine pädagogische Wertung schwerpunktmäßig die Entscheidung über den Zuschlag bestimmt, würde wie im vergangenen Jahr ein beratendes Wertungsgremium einberufen, welches aus den Leitungen der betroffenen Schulen sowie Delegierten des Schulausschusses bestehen solle. Der Einfachheit halber wird die gleiche Besetzung des Gremiums wie im vergangenen Jahr vorgeschlagen. Diese werde den Schulausschussmitgliedern zeitnah per E-Mail noch einmal zur Verfügung gestellt.

Der Termin für das beratende Gremium sei für Mitte November angesetzt, die Zuschlagserteilung für Mitte Dezember.

3.2. Ausschreibung der Verpflegungsangebote an acht Rheiner Schulen

Herr Gausmann gibt die Information, dass die Bodelschwingschule, Nelson-Mandela-Schule, Gertrudenschule, Johannesschule Eschendorf, Johannesschule Mesum/Elte, Marienschule, Paul-Gerhardt-Schule und die Südeschule erneut für 4 Jahre ausgeschrieben worden seien, Vertragsbeginn 01.08.2019. Die maximalen jährlichen Kosten beliefen sich dabei im ersten Jahr auf 424 TEUR.

Mit der Zuschlagserteilung sei bis Mitte Dezember zu rechnen.

3.3. Zuweisungen im weiterführenden Schulbereich

Herr Gausmann informiert, dass weiterhin Zuweisungen von nicht-deutschsprachigen Kindern an die Stadt Rheine erfolgten. Die schulische Unterbringung dieser Kinder sei im weiterführenden Schulbereich schwierig, da die Sprachklassen im Rahmen der Erstförderungen derzeit nahezu vollgelaufen seien. Als weitaus größeres Problem stelle sich jedoch die Anschlussförderung, sprich der integrative Übergang in den Regelunterricht dar, da die maximalen Klassenstärken an den Schulen auch hier fast vollständig ausgereizt seien.

Weiterhin sollen nach Aussage der Schulministerin ab dem Schuljahr 2019/2020 Schwerpunktschulen des gemeinsamen Lernens eingerichtet werden. An diesen Schulen, die mit einer erhöhten Anzahl an Inklusionsschülern bestückt würden, werde die maximale Klassenbandbreite für die Sekundarstufe I von 31 auf 25 Kinder heruntersetzt, womit ca. 40 Schulplätze wegfielen. Dieser Wegfall sei in der derzeitigen Schulstruktur nicht abbildbar. Der Schulausschuss werde sich daher bereits im Januar mit den Zügigkeiten der Sekundarschulen und der Elsa-Brändström-Realschule beschäftigen müssen.

Die Bestimmung der Schwerpunktschulen des gemeinsamen Lernens werde in Abstimmung zwischen Bezirksregierung und Schulträger getroffen.

Auf Rückfrage erläutert Herr Gausmann, dass die GL-Schulen in ihrer jetzigen Form bestehen blieben, den definierte Schwerpunktschulen des gemeinsamen Lernens jedoch alle Kinder mit Förderbedarfen im Übergang von Klasse vier zu fünf zugewiesen würden. Es gäbe derzeit weder Infos noch rechtliche Regelung zu den Schwerpunktschulen, sodass die Frage noch ungeklärt sei, ob diese Schulen auch zusätzliche Förderschwerpunkte abdecken müssen.

3.4. Rückkehr der städtischen Gymnasien von G8 zu G9

Herr Gausmann informiert, dass gegenwärtig beim Schulträger keine Anträge von Gymnasien hinsichtlich des zustimmungspflichtigen Verbleibes im G8-System vorlägen, sodass davon ausgegangen werde, dass alle Schulen zu G9 zurückkehren.

3.5. Lieferung von Tafeln für verschiedene Rheiner Schulstandorte

Herr Gausmann informiert über die Situation, dass an manchen Schulen eine Anbringung der neuen elektronischen Tafeln nach den Ferien aufgrund von Ausschreibungsmechanismen nicht möglich war. Die Abnahme der alten Tafeln sei durch die notwendige Verlegung von Kabeln für die neuen elektronischen Systeme notwendig gewesen. Darüberhinaus bestand ein schmales Zeitfenster, in dem die alten Tafeln einem Projekt in Afrika zugeführt werden konnten.

Mit den Schulen seien Übergangslösungen abgesprochen gewesen, die teils besser, teils schlechter funktioniert hätten. Eine nun zeitnahe Installation der elektronischen Tafel sei jedoch sichergestellt.

3.6. Emissionswerte des Pavillons an der Kardinal-von-Galen-Schule

Herr Gausmann informiert darüber, dass an der Kardinal-von-Galen-Schule zwei Emissionsmessungen im dortigen Pavillon durchgeführt worden seien. Die Erste hätte grenzüberschreitende Emissionswerte ergeben, sei jedoch gleichzeitig hinsichtlich der Rahmenumstände der Messung problematisch gewesen (längerfristig keine vorhergehende Lüftung, Reinigung mit einem messwertverzerrenden Reinigungsmittel). Die Kontrollmessung unter Echt-Bedingungen lieferte unauffällige Ergebnisse. Eine dritte Messung sei nun für Ende September angesetzt, gleichzeitig werde sich der Berufsgenossenschaftliche Arbeitsmedizinische und Sicherheitstechnische Dienst mit den Werten befassen.

Gesundheitliche Beeinträchtigungen seien nach Einschätzung der Sachverständigen bei den gegenwärtig vorliegenden Ergebnissen nicht ersichtlich.

4. Einwohnerfragestunde

Ein Bürger der Stadt Rheine stellt im Rahmen der Anpassung der Gebührenordnung der Musikschule die Frage, welcher Kostendeckungsgrad bei Kostendeckungsbeitrag I für die Nutzer in der Erwachsenenbildung der Musikschule beabsichtigt werde.

Herr Gausmann gibt daraufhin die Information, dass die Verwaltung einen Kostendeckungsgrad i. H. v. 70 % vorschläge.

Eine Bürgerin der Stadt Rheine stellt im Rahmen der Anpassung der Gebührenordnung der Musikschule die Frage, wie der Auftrag der Politik an die Verwaltung hinsichtlich der Einsparungen an der Musikschule laute.

Herr Gausmann schildert die Entwicklungen hin zur Anpassungen der Gebührenordnung der Musikschule - ausgehend von der Zieldefinition „10 Millionen in 10 Jahren“, welche im Koalitionsvertrag der Fraktionen CDU und Bündis90 / die Grünen niedergelegt ist, bis hin zum konkreten Antrag der CDU-Fraktion zum Haushaltsplan 2018 mit Wirkung zum Haushaltsplan 2019 zur moderaten Erhöhung der Beiträge im Bereich der Erwachsenenbildung an der Musikschule bei gleichbleibenden Beträgen für Kinder und Jugendliche.

Eine Bürgerin der Stadt Rheine stellt im Rahmen der Anpassung der Gebührenordnung der Musikschule die Frage, ob und in welchem Ausmaße auch andere kulturelle Einrichtungen von Beitragserhöhungen betroffen seien. Weiterhin wird die Gebührenerhöhung für kinderreiche Familien hinterfragt.

Herr Gausmann erklärt, dass die vorgeschlagene Kostenerhöhung für kinderreiche Familien als verhältnismäßig angesehen werde. Weiterhin seien auch bereits die Volkshochschule sowie die Stadtbibliothek untersucht und im Falle der Stadtbibliothek von ähnlichen Gebührenerhöhungen erfasst worden.

5. Anpassung der Gebührenordnung der Musikschule der Stadt Rheine Vorlage: 227/18/1

Herr Gausmann wiederholt die Ergebnisse der ersten Lesung in der vergangenen Schulausschusssitzung und erläutert, inwiefern diese in die jetzige Ergänzungsvorlage eingeflossen seien.

Die Fraktionen stellen jeweils ihre Positionen zu den einzelnen Punkten des Beschlussvorschlages dar. Auf einstimmig angenommenen Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/die Grünen wird der Punkt 3 des Beschlussvorschlages bis zur nächsten Schulausschusssitzung am 22. November 2018 vertagt. Weiterhin erfolgt aufgrund der differierenden Positionierungen der Fraktionen eine separate Abstimmung für jeden einzelnen Unterpunkt, wobei der Punkt 10 des Beschlusses durch einstimmiges Votum des Schulausschusses ergänzt wird.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt zum 01.01.2019 die Änderung der aktuellen Gebührenordnung (Vorlage 227/18, Anlage 1) für die Musikschule Stadt Rheine vom 19. Juli 2012 (mit Wirkung vom 1. September 2012).

1. Änderung des Erstattungssystems der Musikschule
2. Anpassung der Gebühren an jährlich ermittelten Verbraucherpreisindex ab dem 01.01.2020
3. Streichung der Großgruppentarife
4. Erhöhung der Ensemblegebühr
5. Änderung der Ermäßigungstatbestände
6. Gesonderte Gebühren für Projekte/Kooperationen
7. Einrichtung Gebühren für „Musikzwerge“ und „Musikwichtel“
8. Differenzierung zwischen ortsansässigen und ortsfremden Schüler/-innen
9. Den Kostendeckungsgrad für Erwachsene nach dem Deckungsbeitrag I auf 70 % festzulegen
10. Den Erwachsenentarif erst ab 25 Jahren zu erheben

Abstimmungsergebnis:

zu 1.	14 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, keine Enthaltung
zu 2.	einstimmig
zu 3.	vertagt
zu 4.	einstimmig
zu 5.	Keine Ja-Stimmen, 15 Gegenstimmen, keine Enthaltung
zu 6.	einstimmig
zu 7.	einstimmig
zu 8.	einstimmig
zu 9.	9 Ja-Stimmen, 6 Gegenstimmen, keine Enthaltung
zu 10.	einstimmig

**6. Grundschuloffensive
Johannesschule Eschendorf
Vorstellung der Entwurfsplanung
Vorlage: 307/18**

Herr Gausmann verweist auf die im Vorfeld bereits stattgefundenene, konstruktive Diskussion der Entwurfspläne in der politischen Arbeitsgruppe.

Die CDU-Fraktion verliest eine umfangreiche Deklaration zur Grundschuloffensive und der damit einhergehenden Zielrichtungen.

Die SPD-Fraktion bemängelt, dass die vorliegende Vorlage keinerlei Bezug auf die vom Schulausschuss beschlossenen Standards für die Ausbaumaßnahmen der Grundschulstandorte nehme. So wäre ein Soll-Ist-Vergleich der Schaffung von Transparenz zuträglich gewesen. Ein von der SPD-Fraktion anhand der vorliegenden Entwurfspläne selbst erstellter Soll-Ist-Vergleich ergab einige Abweichungen von den festgelegten Standards (differierende Raumgrößen, fehlende oder nicht entsprechend der Standards bezeichnete Räume etc.), welche in der Vorlage nicht erklärt würden. Die Abstimmung der Baupläne mit den Schulen sei das Eine, jedoch hätten die festgelegten Standards eine zukunftsgerichtete Perspektive, daher müsse man bei den Planungen mehr als nur den Status Quo vor Ort berücksichtigen.

Weiterhin sei das Prozedere hinsichtlich des Einbezuges der Politik grundsätzlich ausbaufähig, gerade hinsichtlich der Terminierung des politischen Arbeitsgremiums, sowie der zeitgerechten vorherigen Übersendung von Bauplänen zwecks Vorbereitung dieser Sitzungen.

Es wird erneut um den Besuch einer Best-Practise-Schule in Greven oder Gronau gebeten.

Die CDU-Fraktion merkt an, dass wenn nun in den Entwurfsplänen eklatante Abweichungen von den Standards im Bereich der neu geschaffenen Räumlichkeiten durch die SPD-Fraktion festgestellt wurden, ein Eingreifen der Politik und damit einhergehend eine Unterbrechung des weiteren Planungs- und Ausbauprozesses notwendig sei. Wenn Missstände bereits vor Baubeginn deutlich wären, müssten diese jetzt noch angepasst werden. Es seien weiterhin die Themen Raumklima, Beschattung sowie Be- und Entlüftung mitzudenken.

Der Ausschussvorsitzende Herr Gude fasst den Diskussionsverlauf zusammen und hinterfragt, ob angesichts der vorgetragenen Problematiken ein Anhalten des von den betroffenen Schulen abgesegneten Ausbauprozesses tatsächlich zielführend sei, oder ob es sich hierbei nicht eher um Verbesserungsvorschläge für die Zukunft handele.

Die SPD-Fraktion erklärt, dass man keineswegs an einer Unterbrechung des Prozesses interessiert sei, da die Planungen auch in Ihrer jetzigen Form einen deutlichen Mehrwert für die Schulen böten und eine fristgerechte Verwendung der Fördermittel nicht gefährdet werden solle.

Die CDU-Fraktion schließt sich diesem Standpunkt an, sofern die neu geschaffenen Räumlichkeiten über eine ausreichende Größe verfügen.

Herr Gausmann bestätigt, dass die neuen Räumlichkeit im Einklang mit der Schulbaurichtlinie geplant wurden und über eine ausreichende Größe verfügen werden. Sämtliche Pläne wären gemeinsam mit den Schulen vor Ort entwickelt worden. Darüberhinaus seien die vom Schulausschuss beschlossenen Mindeststandards in Gänze in der Planung umgesetzt worden, soweit dies baulich möglich gewesen sei. Der geforderte Soll-Ist-Vergleich mit den Erklärungen der Abweichungen werde in kommenden Vorlagen berücksichtigt. Sonstige Prozessoptimierungen, etwa hinsichtlich der Terminierung des politischen Arbeitsgremiums, würden ebenfalls umgesetzt werden, auch wenn um Verständnis in Bezug auf die enge zeitliche Taktung der verschiedenen Bauvorhaben gebeten werde.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die vorliegende Entwurfsplanung für die Erweiterung der Johannes-schule Eschendorf im Rahmen der Grundschuloffensive zur Kenntnis.

7. Grundschuloffensive Edith-Stein-Schule Vorstellung der Entwurfsplanung Vorlage: 318/18

Herr Gausmann erläutert, dass im Rahmen einer zukunftsfähigen Ausbauplanung die teurere Kellervariante vorgeschlagen werde, da nur hiermit der perspektivisch ansteigende Zulauf zur Edith-Stein-Schule abbildbar sei.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die vorliegende Entwurfsplanung für die Erweiterung der Edith-Stein-Schule im Rahmen der Grundschuloffensive zur Kenntnis und beschließt, dass die Variante 3 (spätere schulische Nutzung) für den Keller umgesetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Anfragen und Anregungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:52 Uhr